Medienkonferenz vom 23. Juni 2014

**Erfolgsmodell Schweiz steht auf der Kippe**

**Der Bonirausch in den Teppichetagen hat zu einer Entfremdung zwischen Bevölkerung und Wirtschaft geführt. Deren politische Kosten sind unabsehbar. Das Ja zur Abzocker-Initiative war ein erster Warnschuss. Die anhaltende Untätigkeit von Wirtschaft und Politik gegenüber dem Unbehagen in der Bevölkerung hat auch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative befördert. Jetzt ist die Politik massiv gefordert. Nur wenn der Vertrauensverlust der Wirtschaft durch politische Massnahmen ausgeglichen werden kann, wird auch das Erfolgsmodell Schweiz überleben.**

Martin Flügel, Präsident Travail.Suisse

Seit mehr als zehn Jahren untersucht Travail.Suisse die Entwicklung der Lohnschere in ausgewählten Schweizer Unternehmen. Die Bilanz fällt bestenfalls durchzogen aus. Insbesondere der politische Handlungsbedarf ist in diesen zehn Jahren massiv gestiegen.

**Von der Empörung zur Entfremdung**

Vor zehn Jahren haben die hohen Saläre und vor allem die masslosen Boni jeweils zu einem Aufschrei der Empörung geführt. Diese Empörung richtete sich aber ganz klar gegen eine kleine Gruppe von Managern wie Marcel Ospel, Daniel Vasella, Franz Humer, Peter Brabeck oder Walter Kielholz. Heute stellen wir hingegen bei breiten Bevölkerungsschichten eine grosse Skepsis gegenüber den Anliegen der Wirtschaft fest. Die Glaubwürdigkeit der Wirtschaft und deren Verbände hat grundsätzlich gelitten. Die Empörung über einige Abzocker hat sich zur Entfremdung der Bevölkerung gegenüber der Wirtschaft gewandelt.

Bereits das Ja zur Abzocker-Initiative – bzw. noch viel mehr die Chancenlosigkeit des Gegenvorschlags – haben dies klar gezeigt. Noch deutlicher ist der Vertrauensverlust aber bei der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu Tage getreten. Hier hat nicht einmal der geballte Einsatz der Wirtschaftsverbände ausgereicht, um die Bevölkerung von der Bedeutung der bilateralen Verträge zu überzeugen. Der Vertrauensverlust hat damit Wirkung auf eine Abstimmung entfaltet, die in keinem Zusammenhang steht mit den Managersalären. Damit ist klar, dass die politischen Kosten der Abzockerei unabsehbar sind und weiter steigen können. Die Politik ist also gefordert, wirksame Antworten zu finden.

**Abzockerinitiative: Wirkung höchst ungewiss**

Die neusten Zahlen der Travail.Suisse-Analyse zeigen, dass die erste politische Antwort auf die horrenden Managersaläre, nämlich die Abzockerinitiative, das Problem sicher nicht lösen wird.

Zwar ist ganz oben, bei den höchsten Löhnen, eine gewisse Beruhigung eingetreten. Bei den Konzernleitungen jedoch hat sich die Lohnschere 2013 wieder bei zwei Dritteln der untersuchten Firmen geöffnet. Das ist so häufig wie es seit 2007 – also im Jahr vor der Krise – nicht mehr der Fall war. Zudem ist diese Öffnung der Lohnschere deutlich grösser ausgefallen als die Verkleinerung beim restlichen Drittel der Firmen. Und im Langzeitvergleich seit 2002 hat sich die Lohnschere nur bei jenen vier Firmen verkleinert, bei welchen sie damals unverschämt hoch war, d.h. bei der UBS, der Credit Suisse, der Zurich und bei Novartis.

Die starke Öffnung der Lohnschere direkt nach der Spitze macht deutlich, dass die Annahme der Abzockerinitiative bisher keine Wirkung entfaltet. Da bei vielen Firmen mindestens konsultativ Abstimmungen über die Entschädigung der Topmanager stattgefunden haben, wird sich daran kaum etwas ändern. Vorderhand können wir nur feststellen, dass die Selbstregulierung versagt hat.

**Politischer Handlungsbedarf dringend**

Die zweite politische Antwort, die 1:12-Initiative, ist an der Urne abgelehnt worden. Es sind also neue Ideen gefragt, wie die Politik der Entfremdung zwischen Bevölkerung und Wirtschaft entgegen wirken kann. Dabei darf es sicher nicht nur um die Managersaläre gehen. Denn für die Vertrauensbildung ist die Verteilung des Wohlstands ganz allgemein relevant. Travail.Suisse fordert deshalb folgende Massnahmen:

* **Lohnschutz stärken:** Das Vertrauen in die Wirtschaft kann nur steigen, wenn sich die arbeitende Bevölkerung gerecht behandelt fühlt und keine Angst haben muss vor Arbeitsplatzverlust und Lohndumping. Dazu braucht es – auch nach dem Nein zur Mindestlohninitiative – einen starken Schutz der Löhne mit regionalen und branchenspezifischen Mindestlöhnen. Zusätzlich sind neue Instrumente für die Sozialpartner nötig, um diese Mindestlöhne auch durchzusetzen. Denn die Vorstellung, dass oben die Saläre stetig weiter ansteigen während unten der Lohndruck wächst, trägt wesentlich zum Unbehagen in der Bevölkerung bei.
* **Tiefsteuerpolitik für hohe Einkommen und Unternehmen beenden:** Von den Steuererleichterungen der letzten Jahre profitieren primär Personen mit hohen bis sehr hohen Einkommen. Gleichzeitig sind mit der Unternehmenssteuerreform III erneut massive Steuergeschenke an die Unternehmen geplant. Viele Kantone müssen jetzt schon sparen und streichen beispielsweise die Krankenkassenprämienverbilligung oder Beiträge an Bildung und Verkehr. Darunter leiden in erster Linie der Mittelstand und Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen. Das vergrössert die Kluft zwischen breiter Bevölkerung und Wirtschaft. Diese völlig verfehlte Steuerpolitik ist zu beenden.
* **Steuertransparenz und Solidaritätsbeitrag bei hohen Einkommen:** Das Ja zur Abzockerinitiative hat gezeigt, dass die hohen Saläre gesellschaftlich nicht akzeptiert sind. Wenn diese Saläre aber nicht direkt limitiert werden sollen, dann muss die Politik den Nutzen für die Allgemeinheit erhöhen und explizit machen. Dazu fordert Travail.Suisse für Einkommen ab bspw. 500‘000 Franken volle Steuertransparenz und einen Solidaritätsbeitrag. Dies könnte mit einer Sonderprogression bei der Einkommenssteuer oder mit einem zusätzlichen Beitrag an die AHV eingeführt werden. Damit wird die Verteilungsgerechtigkeit nicht mit einem Eingriff in die Löhne, sondern mit einem zusätzlichen Beitrag der hohen Löhne an die Allgemeinheit verbessert.

Leistungsorientierung, Bescheidenheit und die Teilhabe aller am erarbeiteten wirtschaftlichen Erfolg haben die Schweiz zu einem starken und offenen Land gemacht. Mindestens im letzten Punkt hat die Politik Handlungsspielraum. Travail.Suisse fordert deshalb Massnahmen, die die Früchte von Wohlstand und Wachstums gerechter verteilen. Nur mit solchen Massnahmen wird es auch gelingen, die fortschreitende Erosion des Erfolgsmodells Schweiz zu verhindern.